

Übersetzung

Staatsanwaltschaft

## Kollegium der Generalprokuratoren

Brüssel, den 4. September 2014

### **RUNDSCHREIBEN Nr. 20/2014 DES KOLLEGIUMS DER GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN**

Sehr geehrter Herr Generalprokurator,  
Sehr geehrter Herr Föderalprokurator,  
Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Prokurator des Königs,  
Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Arbeitsauditor,

**BETRIFFT: Vernichtung beschlagnahmter Güter – Strafrechtliches Eilverfahren (Art. 28novies StPGB)**

<p>Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren – Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13 E-Mail: <a href="mailto:secr.colpg@just.fgov.be">secr.colpg@just.fgov.be</a></p>
--

Brüssel, den 4. September 2014

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Gent, Vorsitzender des Kollegiums der  
Generalprokuratoren,

Anita HARREWYN

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Mons

Ignacio de la SERNA

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Lüttich

Christian de VALKENEER

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Brüssel

Johan DELMULLE

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Antwerpen

Patrick VANDENBRUWAENE

## COL 20/2014 – Vernichtung beschlagnahmten Güter – strafrechtliches Eilverfahren

### 1. EINLEITUNG

Artikel 4 des Gesetzes vom 25. April 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz (B.S. vom 14. Mai 2014) fügt einen Artikel 28<sup>novies</sup> in das Strafprozessgesetzbuch ein. Dieser führt eine allgemeine Regel ein, der zufolge der Prokurator des Königs in jedem Stadium des Verfahrens die Vernichtung bestimmter beschlagnahmter Güter anordnen kann. Diese Maßnahme geht einher mit einem einzuhaltenden Verfahren, das Rechtsmittel für die Personen vorsieht, zu deren Lasten die Beschlagnahme erfolgt ist oder die befugt scheinen, Rechte an den zu vernichtenden Gütern geltend machen zu können.

Des Weiteren wurde Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Februar 1921 - über den Handel mit Giftstoffen, Schlafmitteln, Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen, Desinfektions- oder antiseptischen Mitteln und mit Stoffen, die zur unerlaubten Herstellung von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen verwendet werden können - durch das Gesetz vom 7. Februar 2014 ergänzt. Dieses fügt diesem Artikel 4 einen §7 hinzu:

*„Die illegalen Substanzen sowie die Rohstoffe und das für die illegale Herstellung der im vorgenannten Gesetz erwähnten Substanzen verwendete oder bestimmte Material - einschließlich des Anbaus von Pflanzen, aus denen diese Substanzen gewonnen werden können - können infolge einer staatsanwaltschaftlichen Entscheidung unverzüglich vernichtet oder endgültig unbrauchbar gemacht werden, dies ungeachtet der Fortsetzung der Untersuchung, insofern ihre Aufbewahrung nicht zur Wahrheitsfindung erforderlich ist. Im Rahmen einer gerichtlichen Untersuchung darf diese Maßnahme lediglich nach der Zustimmung des zuständigen Untersuchungsrichters angeordnet werden.“* (frei übersetzt). Bei einem Streitfall hinsichtlich des Materials, das für den Anbau der Pflanzen, aus denen die Stoffe gewonnen werden können, verwendet oder bestimmt ist, ist es angebracht, das Verfahren von Artikel 28<sup>novies</sup> StPGB anzuwenden. Das Gleiche gilt, wenn es zum Streitfall hinsichtlich der Art selbst der vorgefundenen Stoffe kommt.

Das neue Verfahren aus Artikel 28<sup>novies</sup> StPGB muss mit besonderer Umsicht angewandt werden. An dieser Stelle sei an den Entscheid Nr. 65 vom 3. April 2014 des Verfassungsgerichtshofes erinnert, falls die Güter einer gutgläubigen Drittperson gehören.

Wenn, so wie der Verfassungsgerichtshof dies sagt, die Einziehung von Gütern, die gutgläubigen Dritten gehören, verfassungswidrig ist, kann man folglich davon ausgehen, dass die sofortige Vernichtung solcher Güter problematisch ist.

## 2. SCHEMA ÜBER DAS VERFAHREN ZUR VERNICHTUNG BESCHLAGNAHMTER GÜTER

### **ZUSTÄNDIGKEIT DES PK WÄHREND DES GESAMTEN STRAFVERFAHRENS**

➔ In Angelegenheiten mit gerichtlicher Untersuchung ist die vorherige Zustimmung des UR erforderlich.

### **VORBEREITENDE PHASE\*: Siehe Richtlinien der Staatsanwaltschaft**

### **PHASE DER ABSICHT ZUR VERNICHTUNG DER GÜTER\* ➔**

Der PK

1. => informiert den **rechtmäßigen Besitzer** – insofern seine Adresse bekannt ist (aber auch die Personen, welche dazu befugt scheinen, Rechte geltend zu machen/Anspruchsberechtigte/oder die Person, zu deren Lasten die Beschlagnahme erfolgt ist, und zwar mittels:

- einer Befragung
- einer Einschreibesendung
- eines Telefaxes
- oder auf elektronischem Weg

2. => fragt diesen, ob er auf seine Rechte verzichtet ➔ Antwort innerhalb einer vom PK festgelegten FRIST

Ausnahme: die betreffende Person hat bereits ihren Verzicht erklärt

\* Beide Phasen können gleichzeitig eingeleitet werden (Fristen harmonisieren)

## ENTSCHEIDUNGSPHASE: PK → INHALT ENTSCHEIDUNG →

### ENTSCHEIDUNG

**Schriftliche und mit Gründen versehene Entscheidung** zur Vernichtung der sichergestellten Güter, die einziehbar sind

⇒ und zwar

1. Güter, die durch ihre Art eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen;
2. Güter, die im Falle der Aufhebung der Beschlagnahme die körperliche Unversehrtheit oder die Güter von Personen ernsthaft gefährden können;
3. Güter, die, wenn sie erneut in Umlauf gebracht werden würden, einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, die Sittlichkeit oder eine gesetzliche Bestimmung darstellen würden;
4. Güter, deren Kosten für eine Aufbewahrung in Natur aufgrund der Art und Menge dieser Güter offensichtlich in keinem Verhältnis zu ihrem Verkaufswert stehen.

→ Der PK **gibt genau an**, welche Güter vernichtet werden müssen (u.a. Beweisstück-Nr.) + **Art und Weise sowie Frist für die Durchführung der Vernichtung**

**Ausnahme:** bei **Dringlichkeit**: Der PK kann die Vernichtung mündlich anordnen, die Entscheidung muss **so schnell wie möglich** schriftlich bestätigt werden.

### NOTIFIZIERUNG DER ENTSCHEIDUNG DES PK

**Binnen einer Frist von acht Tagen** ab dem **Datum der Entscheidung** →

- per Einschreibesendung
- per Telefax
- oder auf elektronischem Weg,
  1. an die Person, zu deren Lasten die Beschlagnahme erfolgt ist oder an ihren Rechtsanwalt;
  2. an den rechtmäßigen Besitzer/an die Personen, die befugt scheinen, Rechte an den zu vernichtenden Gütern geltend zu machen oder ihren Rechtsanwalt.

**Ausnahme:** KEINE NOTIFIZIERUNG

- Die Adresse des Besitzers ist unbekannt oder der Besitzer hat auf die Güter **verzichtet** (schriftlich/in einem PK festgehalten)
- Die Personen, die befugt scheinen, Rechte geltend machen zu können/ Person, zu deren Lasten die Sicherstellung erfolgt ist, die **vorher ihr schriftliches Einverständnis mit der Vernichtung erklärt haben**.

**Notifizierung:** enthält den Gesetzestext von Artikel 28novies StPGB



## RECHTSMITTEL - VERFAHREN<sup>1</sup>

### Appellationshof bei der Anklagekammer

- **WER?:** die in der Notifizierung unter **1. und 2.** erwähnten Personen
- **WIE?:** durch eine Erklärung bei der Kanzlei der ersten Instanz (eingetragen im hierfür bestimmten Register)
- **FRIST:** **fünfzehn Tage** ab **Notifizierung der Entscheidung/Verlängerung+ fünfzehn Tage**, wenn eine dieser Personen außerhalb des Königreiches wohnt oder ansässig ist, **außer bei Wohnsitzwahl in Belgien**

### AUFSCHIEBENDE WIRKUNG APPELLATIONSHOF

**Die Einlegung des Rechtsmittels verschiebt lediglich die Durchführung der Vernichtung der in Punkt 2. bis 4. erwähnten Güter (siehe Kasten über die Entscheidung)**

→ **Vernichtung frühestens nach** einer Frist von 15 Tagen (KA), eventuell verlängert um Fristen von fünfzehn Tagen für im Ausland wohnhafte Anspruchsberechtigte ohne Wohnsitzwahl in Belgien.

Die Entscheidung zur **Vernichtung** der in **Punkt 1** erwähnten Güter (siehe Kasten über Entscheidung) ist von Rechts wegen vollstreckbar → **sofortige Vernichtung, JEDOCH**

→ Der PK kann seine Entscheidung rückgängig machen oder abändern:

- Auf der Grundlage einer verminderten Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit
- Durch Verhängung einer oder mehrerer Auflagen, die dazu bestimmt sind, die Gesellschaft vor einer ernsthaften Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der Volksgesundheit zu schützen.

### GRUND FÜR EINE AUSSETZUNG

Das Verfahren vor der Anklagekammer ist ausgesetzt:

1. bis eine endgültige **Entscheidung** über den in den Artikeln **28sexies und 61quater** erwähnten oder durch besondere Gesetze geregelten Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme hinsichtlich der in den **Punkten 2 bis 4** erwähnten Güter ergangen ist;

2. bis eine endgültige Entscheidung über den Antrag auf Durchführung einer **gerichtlichen Untersuchungshandlung gemäß Artikel 61quinquies** hinsichtlich der in den **Punkten 2 bis 4** erwähnten Güter ergangen ist, und gegebenenfalls bis die in Artikel 61quinquies erwähnte **gerichtliche Untersuchungshandlung** hinsichtlich der in den Punkten 2 bis 4 erwähnten Güter **verrichtet worden ist**;

3. bis der **Prokurator** des Königs die **Ermittlungshandlungen**, die er für die **Ermittlung** als sachdienlich und erforderlich betrachtet, hat verrichten lassen und die **von Amts wegen oder auf Antrag jedes Anspruchsberechtigten** in Bezug auf die in den **Punkten 2 bis 4** erwähnten Güter angeordnet werden.

<sup>1</sup> Das Verfahren läuft entsprechend den Bestimmungen von Artikel 28sexies, §4, Absatz 2 bis Absatz 8 ab.

--



## WEITERES VERFAHREN VOR DER ANKLAGEKAMMER

- Der PK schickt die Aktenstücke an den GP, der sie bei der Kanzlei hinterlegt.
- Vom Föderalprokurator durchgeführte Ermittlung: der Appellationshof von BRÜSSEL ist zuständig.
- ENTSCHEID binnen 15 Tagen ab Hinterlegung der Erklärung, dass ein Rechtsmittel eingelegt wird (Aussetzung auf Ersuchen um Aufschub seitens Antragsteller).
- Mitteilung des Ortes, des Tages und der Uhrzeit der Sitzung an den Antragsteller (und an seinen Rechtsbeistand) per Telefax oder per Einschreiben spätestens 48 Stunden VORHER, und zwar durch den Greffier.
- VERHANDLUNG: Der Generalprokurator, der Antragsteller und der Rechtsanwalt werden angehört.
- Wenn der Antragsteller unterliegt, kann er zu den Kosten verurteilt werden.

## ART UND WEISE DER DURCHFÜHRUNG DER VERNICHTUNG

**1 → Vor der Vernichtung kann der PK:** erforderlich für **Wahrheitsfindung** → **der Polizei den Befehl erteilen**

- eine Probe des Gutes zu entnehmen
    - einen technischen Berater bezeichnen,/der dem angeforderten Polizeidienst zur Seite steht
  - eine Foto- oder Videoaufnahme des Gutes anzufertigen
    - einen technischen Berater bezeichnen,/der dem angeforderten Polizeidienst zur Seite steht
- → Probe/Foto- oder Videoaufnahme : Hinterlegung bei der Kanzlei/oder Aufbewahrung bei der vom PK bezeichneten Person

**2 → zur Vornahme der Vernichtung kann der PK:**

- einen spezialisierten Dienstleister oder öffentlichen Dienst **bezeichnen**
- das **ZOSE** mittels vorheriger Zustimmung des **Direktors bezeichnen**
- die lokale oder die föderale **Polizei anfordern**

## KOSTEN

Die Kosten für die Vernichtung/Aufbewahrung/die Foto- oder Videoaufnahme/den Beistand eines technischen Beraters = **sind Gerichtskosten**

### **3. ABSICHT DES GESETZGEBERS UND RICHTLINIEN DER STAATSANWALTSCHAFT**

In der Begründung gab die Ministerin der Justiz an, dass es für die Vernichtung von Gütern, die **im Laufe** der strafrechtlichen Untersuchung beschlagnahmt werden, eines getrennten Verfahrens bedurfte, und dies aus zwei Gründen:

1. Die Vernichtung im Laufe der Untersuchung ist nur in einigen besonderen Gesetzen geregelt (wie in Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Mai 2007 über die Ahndung der Nachahmung und der Piraterie). Es fehlt eine allgemeine Regelung.
2. Die Kanzleien verfügen nicht immer über ausreichend Lagerkapazität und müssen während des (sich manchmal lange hinziehenden) Strafverfahrens Güter aufbewahren, die eine Gefahr für die körperliche Unversehrtheit von Personen oder für die Volksgesundheit darstellen (wie beispielsweise Waffen oder Drogen).<sup>2</sup>

Die Ministerin der Justiz war der Auffassung, dass ein neues „strafrechtliches Eilverfahren“ notwendig war, dies zur Senkung der Kosten der Aufbewahrung in ihrem natürlichen Zustand von Gegenständen, die einen sehr geringen Wert aufweisen, (Kosteneffizienz) und zum Schutz der Gesellschaft vor Gegenständen, die angesichts ihrer Gefährlichkeit oder ihres illegalen Charakters aus dem Verkehr zu ziehen sind (Sicherheitskriterium).

Es bedurfte einer spezifischen Regelung, da die Vernichtung von beschlagnahmten Gütern erst nach einer endgültigen Einziehung möglich ist. Die Beschlagnahmung ist in der Tat eine Sicherungsmaßnahme, es ist der Tatsachenrichter, der über die Einziehung befindet.<sup>3</sup> Zur Ermöglichung einer gerichtlichen Kontrolle wurde eine neue Art von „strafrechtlichem Eilverfahren“ vor der Anklagekammer geschaffen, das teilweise auf die Bestimmungen von Artikel 28sexies StPGB verweist. Artikel 4 des Gesetzes vom 25. April 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz organisiert – wie bereits erwähnt – das Verfahren zur Vernichtung von sichergestellten Gütern und die gerichtliche Kontrolle dieser Entscheidung. Dieses Verfahren kann in einigen Fällen, die später im Text erläutert werden, durchkreuzt werden, und zwar durch Verfahren zur Beantragung der Aufhebung der Beschlagnahme entsprechend Artikel 28sexies und Artikel 61quater StPGB oder zur Durchführung zusätzlicher gerichtlicher Untersuchungshandlungen entsprechend Artikel 61quinquies StPGB. Dieser Punkt wird hier nachstehend näher beleuchtet.

Es besteht nicht länger die Absicht, Güter geringen Wertes oder gefährliche Güter beschlagnahmt zu halten, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Eine höchstmögliche Eindämmung der Gerichtskosten macht es erforderlich, dass die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit aktiv wird.

Mit Einführung des neuen Artikels 28novies StPGB eröffnen sich der Staatsanwaltschaft jetzt zwei Möglichkeiten, nämlich:

---

<sup>2</sup> Begründung in Bezug auf Artikel 28novies, Parl. Dok. Kammer, DOC 53 3149/001, S. 15-16 ([www.dekamer.be](http://www.dekamer.be)).

<sup>3</sup> Begründung, S. 16

1. die Veräußerung als werterhaltende Verwaltungsmaßnahme für Güter, die einer Wertminderung unterliegen oder deren Aufbewahrungskosten hoch sein können, wobei der erzielte Erlös des Verkaufs beschlagnahmt wird (Artikel 28<sup>octies</sup> StPGB), oder
2. die Vernichtung einer bestimmten Kategorie von sichergestellten Gütern (neuer Artikel 28<sup>novies</sup> StPGB)

Das neue Verfahren bietet des Weiteren den Vorteil, dass der einem Eilverfahren Vorsitzende aufgrund der Dringlichkeit (Art. 584 Gerichtsgesetzbuch) nicht mehr über Verfahren befinden kann, die von Interessehabenden gegen die Vernichtung von beschlagnahmten Gütern angestrengt werden. Der neue Artikel 28<sup>novies</sup> StPGB stellt ein besonderes Verfahren auf, das als *lex specialis* gilt, so dass der Vorsitzende im Eilverfahren sich für nicht zuständig erklären muss. Erklärt letzterer sich dennoch für zuständig, legt die Staatsanwaltschaft auf jeden Fall Berufung ein, und achtet darauf, falls erforderlich (beispielsweise wenn ein Zwangsgeld verhängt wird), die Angelegenheit – nach Beratschlagung mit dem Generalprokurator - binnen kürzester Frist in der Berufungsinstanz anberaumen zu lassen. In der Tat kann einer ungesetzlichen Entscheidung keine Vollstreckung folgen.

#### **4. ANWENDUNGSBEREICH**

- **Während des gesamten Zeitraums des Strafverfahrens**

Der Prokurator des Königs kann die Entscheidung zur Vernichtung in jedem Stadium des Verfahrens treffen (Artikel 28<sup>novies</sup>, §1, StPGB).

Während der **gerichtlichen Untersuchung** allerdings ist die vorherige Erlaubnis des Untersuchungsrichters erforderlich, um die Maßnahme ergreifen zu können.

Der Gesetzgeber allerdings verleiht die mit diesem Verfahren einhergehende Befugnis lediglich dem **Prokurator des Königs** (Artikel 28<sup>novies</sup>, §1 StPGB). Der Begriff „Prokurator des Königs“ ist jedoch im weitesten Sinn zu lesen und schließt zweifelsohne auch den Arbeitsauditor mit ein.

Der Verweis auf „jedes Stadium des Verfahrens“ (frei übersetzt) bedeutet, dass besagtes Verfahren im gesamten Verlauf des strafrechtlichen Verfahrens erfolgen kann, folglich auch nachdem der Tatsachenrichter durch eine direkte Ladung oder eine Verweisung befasst wurde, sogar nach einer Berufung, die gegen das in erster Instanz ergangene Urteil eingelegt wurde.

Mit anderen Worten, nach Abschluss der Ermittlung im Falle des Erlöschens der Strafverfolgung durch die Zahlung einer Geldbuße, oder infolge einer erfolgreichen Vermittlung, oder nach Abschluss der gerichtlichen Untersuchung ohne Verweisung eines Beschuldigten oder im Falle einer endgültigen Entscheidung in der Urteilsphase ist das in Artikel 28<sup>novies</sup> StPGB aufgestellte Verfahren nicht mehr anwendbar. In den vorgenannten Fällen muss der Prokurator des Königs den beschlagnahmten Gütern, für die keine gerichtliche Entscheidung verhängt wurde, einer Bestimmung zuführen.

Die gängige Praxis, die darin besteht, eine Entscheidung zu treffen, indem die Bestimmung auf dem rosafarbenen Verzeichnis der Beweisstücke angegeben wird (beispielsweise Vernichtung, Transfer an das Domänenamt, Rückgabe an eine bestimmte Person) bleibt integral bestehen.

Die Phase der Strafvollstreckung fällt in keiner Weise in den Anwendungsbereich des obengenannten Verfahrens.

- **Begründete Entscheidung des Prokurators des Königs**

Der Prokurator des Königs kann in jedem Stadium des Verfahrens mit einer schriftlichen mit Gründen versehenen Entscheidung die Vernichtung von einziehbaren Gütern anordnen (Artikel 28novies, §1, StPGB).

Der Gesetzgeber hat den Begriff „mit Gründen versehene Entscheidung“ (frei übersetzt) in Artikel 28novies, §1 StPGB nicht näher bestimmt. Dieser Begriff wird weiter im Text kommentiert.

- **Kategorien von Gütern**

Der Prokurator des Königs kann die Vernichtung der folgenden Güter anordnen:

1. Güter, die durch ihre Art eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen;
2. Güter, die bei Aufhebung der Beschlagnahme die körperliche Unversehrtheit oder die Güter von Personen ernsthaft gefährden könnten,
3. Güter, die, wenn sie wieder in Umlauf gebracht werden, einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, die Sittlichkeit oder eine gesetzliche Bestimmung darstellen, (beispielsweise Kinderpornographie, Falschgeld);
4. Güter, deren Kosten für eine Aufbewahrung in Natur aufgrund der Art und der Menge dieser Güter offensichtlich in keinem Verhältnis zu ihrem Verkaufswert stehen (Art. 28novies §2 StPGB).

- **Zweckmäßigkeits-Entscheidung des Prokurators des Königs – Keine Verpflichtung**

Aus der Begründung geht hervor, dass das neue Verfahren nur für die Vernichtung von Gütern gilt, die *während* des Strafverfahrens beschlagnahmt wurden. Es besteht auch keine Verpflichtung für den Prokurator des Königs, beschlagnahmte zu einer der vier Kategorien gehörende Güter vernichten zu lassen.

Artikel 28novies, §1 bestimmt in der Tat, dass der Prokurator des Königs die beschlagnahmten Güter vernichten lassen *kann*.

- **Anwendung besonderer Gesetze**

Die besonderen Rechtsvorschriften über die Vernichtung von beschlagnahmten Gütern, wie Artikel 13 des Gesetzes über die Nachahmung und die Piraterie, bleiben voll und ganz anwendbar (Art. 28novies, §1, StPGB).

## **5. VORBEREITENDE PHASE**

- **Richtlinie der Staatsanwaltschaft – Vorbereitung des Verfahrens in der ersten Phase der strafrechtlichen Untersuchung**

In der Begründung wird angegeben, dass vorzugsweise die Praxis anzuwenden ist, die darin besteht, den Beschlagnahmen dazu aufzufordern, freiwillig auf die beschlagnahmten Güter zu verzichten, denn *„dies erlaubt, das vorgeschlagene Verfahren nicht anwenden zu müssen, Verfahren, das immerhin restriktiver Art ist.“*<sup>4</sup>

Eine gute Politik erfordert, dass bei jeder Untersuchung so schnell wie möglich Klarheit über einerseits die Gegenstände, die zu beschlagnehmen sind, und andererseits die Personen, die Rechte (welche Rechte?) an diesen Gütern geltend machen können, besteht.

Jedes Mal, wenn im Rahmen einer Ermittlung oder einer gerichtlichen Untersuchung Güter beschlagnahmt werden, ist es angezeigt, dass der Polizeidienst unverzüglich – zumindest aber so früh wie möglich – überprüft, welche Personen (natürliche oder juristische Personen) Rechte an diesen zu beschlagnehmenden oder beschlagnahmten Gütern geltend machen können; diese berechtigten Personen – beispielsweise im Laufe der (ersten) Befragung als Verdächtiger, Zeuge oder Person, zu deren Lasten, die Beschlagnahme erfolgt ist – nach der Art ihres Rechts fragt; sie fragt, ob sie freiwillig auf diese Gegenstände (mit genauer Angabe der Gegenstände) verzichten; und den Wohnort/Aufenthaltort/Sitz der juristischen Person/Ort der Wohnsitzwahl im Rahmen des Gesetzes über die UHaft/ oder den Ort, von dem die betreffende anspruchsberechtigte Person angibt, dass sie dort im Inland oder im Ausland erreicht werden kann, notiert.

Geht es in der Befragung nur um diese Fragen, fällt sie nicht unter die Definition einer Befragung, die zur Anwendung von Artikel 47bis StPGB führt.

Auf diese Art und Weise wird unnötige Polizeiarbeit vermieden und das nachstehend erläuterte Verfahren braucht nicht mehr angewendet zu werden oder es ist gegebenenfalls schon vorbereitet und wird beschleunigt, da bereits alle erforderlichen Angaben vorhanden sind.

## **6. MITTEILUNG DER ABSICHT ZUR VERNICHTUNG**

- **Mitteilung der Absicht die Güter zu vernichten (Artikel 28novies, §1)**

Der Prokurator des Königs informiert den rechtmäßigen Besitzer (aber auch die Personen, die befugt scheinen, Rechte geltend zu machen)/den Anspruchsberechtigten oder die Person, zu deren Lasten die Beschlagnahme erfolgt ist:

- mittels Befragung
- mittels Einschreibesendung
- mittels Telefax
- oder auf elektronischem Weg

---

<sup>4</sup> Begründung Seite 16

über seine Absicht, die Güter zu vernichten, insofern diese Person und ihre Adresse bekannt sind.

Es ist nicht immer angebracht (siehe weiter oben) nur die Meldeadresse zu berücksichtigen. Wenn es sich um einen Beschuldigten handelt, der inhaftiert war und freigelassen wurde, kann die Adresse, die der Beschuldigte der Gefängnisleitung entsprechend Artikel 29 G über die UHaft hinterlassen hat, ebenfalls berücksichtigt werden. Des Weiteren wird auf Punkt 9 (Frist) verwiesen.

Der Prokurator des Königs fordert den rechtmäßigen Besitzer dazu auf, ihm binnen der von ihm festgesetzten Frist mitzuteilen, ob er auf seine Rechte an den beschlagnahmten Gütern verzichtet. Ein rechtmäßiger Besitzer, der bereits auf seine Rechte auf die zu vernichtenden Güter verzichtet hat, braucht nicht mehr informiert zu werden und auch nicht dazu aufgefordert zu werden, auf besagte Rechte zu verzichten.

Zwar nennt das Gesetz in dieser Phase des Verfahrens lediglich den „rechtmäßigen Besitzer“, aber es liegt auf der Hand, dass die Frage nach dem Verzicht jeder Person zu stellen ist, die Rechte auf die beschlagnahmten Gegenstände geltend machen könnte (Anspruchsberechtigte/ Person, zu deren Lasten die Beschlagnahme erfolgt ist). Die genaue Eigenschaft eines Anspruchsberechtigten kann in der Tat im Verlauf des strafrechtlichen Verfahrens angefochten werden.

## **7. VERNICHTUNGSENTSCHEIDUNG - INHALT**

### **- Mit Gründen versehene Entscheidung des Prokurators des Königs**

Der Prokurator des Königs muss zweifelsohne den Grund dafür angeben, weshalb die Güter bereits während des strafrechtlichen Verfahrens zu vernichten sind, da eine Vernichtungsmaßnahme im Prinzip nicht mit dem juristischen Begriff einer „Beschlagnahme in Strafsachen“ vereinbar ist<sup>5</sup>.

Außerdem ist nachzuweisen, warum genau eine Vernichtung erforderlich ist und keine Veräußerung mit nachfolgender Beschlagnahme des Verkaufserlöses, und es ist genau anzugeben, welcher Kategorie die Güter angehören (siehe weiter oben).

### **- Bezeichnung der zu vernichtenden Güter**

In seinem schriftlichen Beschluss gibt der Prokurator des Königs an, welche Güter zu vernichten sind. Zur Vermeidung jeglicher Diskussionen wird empfohlen, in dem schriftlichen Beschluss auf die Nummern des Dienstes für die Beweisstücke und eventuell auf die Nummern der Beschlagnahmungs-Protokolle zu verweisen.

### **- Angabe der Frist und der Art und Weise, wie die Güter zu vernichten sind**

Der Prokurator des Königs bestimmt die Art und Weise und die Frist, in der seine Entscheidung ausgeführt werden muss.

---

<sup>5</sup> DOC 53 3149/001, S. 16 – Staatsrats-Gutachten Nr. 53.914/1/V-2V vom 3. September 2013.

## - Mündliche Entscheidung in dringen Fällen

In dringenden Fällen kann er die Vernichtung von Gütern mündlich entscheiden, dies mittels späterer schriftlicher Bestätigung seiner Entscheidung (Artikel 28<sup>novies</sup>, §3 StPGB). Selbstverständlich ist von dieser Möglichkeit nur mit äußerster Umsicht Gebrauch zu machen, beispielsweise im Falle von Gütern, die eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen.

## - Bezeichnung eines Dienstleisters, eines öffentlichen Dienstes oder des ZOSE

Der Prokurator des Königs bezeichnet einen spezialisierten Dienstleister (beispielsweise Verbrennungsanlage) oder öffentlichen Dienst, der die Vernichtung des betreffenden Gutes vornimmt. Er stellt dem bezeichneten Dienstleister beziehungsweise öffentlichen Dienst das zu vernichtende Gut bereit. Für die Vernichtung kann der Prokurator des Königs erforderlichenfalls die lokale oder föderale Polizei anfordern. Die Mitglieder der lokalen oder föderalen Polizei leisten Beistand, wenn sie dazu aufgefordert werden (Artikel 28<sup>novies</sup>, §4, StPGB).

Gegebenenfalls bezeichnet der Prokurator des Königs das Zentrale Organ für Sicherstellung und Einziehung für die Vollstreckung und die Folgebearbeitung seiner Entscheidung. Die Umsetzung dieser Bestimmung muss in der Praxis so verstanden werden, dass das ZOSE ein Verzeichnis der wichtigsten Dienstleister aufstellt und in diesem Rahmen dem Prokurator des Königs unterstützend zur Seite steht.

**Angesichts der begrenzten Kapazitäten des ZOSE ist immer die Zustimmung seines Direktors erforderlich. Im Falle von anhaltenden Problemen auf diesem Gebiet in einer bestimmten Akte ersucht der Direktor des ZOSE das Kollegium der Generalprokuratoren darum, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.**

## - Probe-Entnahme, Foto- oder Videoaufnahme (Artikel 28<sup>novies</sup>, §5 StPGB)

Wenn dies zur Wahrheitsfindung erforderlich ist, ordnet der Prokurator des Königs vor der Vernichtung des Gutes, die Entnahme einer Probe oder eine Foto- oder Videoaufnahme des Gutes an.

In der Begründung ist angegeben, dass, wenn die zu vernichtenden Güter noch zur Beweisführung vor dem Strafrichter gebraucht werden können, der Prokurator des Königs entscheiden kann, das Gut nicht in seiner Gänze zu vernichten. Von Rohstoffen, Flüssigkeiten oder anderen Stoffen kann eine aussagekräftige Probe genommen und bei der Kanzlei hinterlegt werden. Andere Güter können fotografiert oder gefilmt werden, wobei die Aufnahme als Beweisstück hinterlegt wird.<sup>6</sup> Auf diese Art und Weise kann der Anspruch auf rechtliches Gehör gewährleistet werden. Beweisstücke sind in der Tat ein Teil der Strafakte und müssen vom Beschuldigten eingesehen werden können, auch wenn sie nicht bei der Kanzlei hinterlegt worden sind<sup>7</sup>.

<sup>6</sup> Begründung, S. 18.

<sup>7</sup> Kass., 18. Juli 2000, Entscheid Kass., 2000, Nr. 428, Siehe R. VERSTRAETEN, Handboek Strafvordering, Antwerpen, Maklu, 2012, S. 930.

Im Hinblick auf die Entnahme einer Probe oder das Erstellen einer Foto- oder Videoaufnahme kann der Prokurator des Königs einen technischen Berater hinzuziehen, der dem Polizeidienst bei der Probeentnahme oder der Aufnahme Beistand leistet (Artikel 28novies, §5, StPGB).

Der angeforderte Polizeidienst hinterlegt die entnommene Probe oder die Foto- beziehungsweise Videoaufnahme bei der Kanzlei oder er stellt die entnommene Probe oder die Foto- beziehungsweise Videoaufnahme jeder anderen vom Prokurator des Königs bezeichneten Person, die sich um deren Aufbewahrung bis zur Aufhebung der Beschlagnahme kümmert, bereit.

Der Minister hat zu Recht erklärt, dass die Staatsanwaltschaft die Rechte der Verteidigung berücksichtigen musste und dass folglich kein Gut vernichtet werden durfte, wenn noch belastende oder entlastende gerichtliche Untersuchungshandlungen in Bezug auf diese Güter verrichtet werden mussten, insbesondere die Suche nach Spuren, eine DNA-Untersuchung, die Suche nach Fingerabdrücken, eine toxikologische Untersuchung. Auch aus diesem Grund wurde ein strafrechtliches Eilverfahren geschaffen: Der Interessehabende kann sich an die Anklagekammer wenden, um die Vernichtung der Güter zu verhindern, weil eine zusätzliche Untersuchung notwendig ist, wie beispielsweise ein Gegengutachten<sup>8</sup>.

Erstaunlicherweise ist das Verfahren vor der Anklagekammer nur bis zur Verkündung einer Entscheidung in Bezug auf die gerichtlichen Untersuchungshandlungen betreffend die in §2, Nr. 2 bis 4 erwähnten Güter ausgesetzt (Artikel 28novies, §7, StPGB). Sicherlich kann ein Beschuldigter, gegen den Indizien für Drogenhandel vorliegen und der die Art der aufgefundenen Stoffe anfechtet (siehe die Anmerkung über Artikel 4, §7 des Gesetzes vom 24. Februar 1921, die in der Einleitung zur vorliegenden Richtlinie steht), einen Antrag auf Untersuchung der sichergestellten Substanzen stellen, mit der Möglichkeit einer Berufung vor der Anklagekammer (Artikel 61quinquies StPGB), aber solch eine Entscheidung setzt die Entscheidung zur Vernichtung der sichergestellten Güter nicht aus, da die Aussetzung nicht für Güter gilt, die aufgrund ihrer Art eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen (§2, 1.). Dennoch ist es in solch einem Fall angezeigt, dass der Prokurator des Königs wartet, bis die Anklagekammer über die Notwendigkeit einer toxikologischen Untersuchung oder eines Gegengutachtens entscheidet. So bleiben die Rechte der Verteidigung gewährleistet.

## **8. NOTIFIZIERUNG DER VERNICHTUNGSENTSCHEIDUNG**

Der Prokurator des Königs teilt die **Entscheidung zur Vernichtung binnen einer Frist von 8 Tagen ab dem Datum der Entscheidung**

- per Einschreiben
- per Telefax
- oder auf elektronischem Weg

folgenden Personen mit:

---

<sup>8</sup> Begründung, S. 18.



1. der Person, zu deren Lasten die Sicherstellung erfolgt ist, oder gegebenenfalls ihrem Rechtsanwalt

2. den Personen, die nach den durch das Verfahren gelieferten Erkenntnissen (Aktenstücke) befugt scheinen, Rechte an den zu vernichtenden Gütern geltend machen zu können; dem rechtmäßigen Besitzer oder gegebenenfalls ihren Rechtsanwälten.

Die Notifizierung muss den Text von Artikel 28novies StPGB (Artikel 28novies, §7, StPGB) enthalten.

Die Notifizierung ist nicht erforderlich, wenn die vorgenannten Personen (siehe 1. und 2.) vorher schriftlich ihr Einverständnis mit der Vernichtung erklärt haben (Artikel 28novies, §7, StPGB). Die Verzichtserklärung muss also schriftlich erfolgen, in einem Protokoll zur Erklärung des Verzichts oder in einem Schreiben, das zweifelsfrei vom Interessehabenden stammt. Die Tatsache, dass der Interessehabende selbst binnen einer bestimmten Frist nicht reagiert oder nicht auf die Einladung zur Befragung antwortet, kann folglich nicht als Verzicht gedeutet werden. In diesen Fällen muss der Interessehabende per Brief über die getroffene Entscheidung zur Vernichtung benachrichtigt werden und es ist die fünfzehntägige Frist einzuhalten, ehe ein Verfahren vor der Anklagekammer angestrengt wird (siehe weiter im Text).

Wenn der Prokurator des Königs eine Befragung des Interessehabenden zwecks Erlangung des Verzichts auf die Güter anordnet, handelt es sich, wie bereits weiter oben erläutert, um eine Befragung, die nicht der Definition einer Befragung entspricht, die zur Anwendung von Artikel 47bis StPGB führt und folglich auch nicht in den Anwendungsbereich der Salduz-Richtlinie fällt (COL 8/2011), zumindest nicht, wenn es in der Befragung einzig um den Verzicht geht. Sind allerdings die zur Last gelegten Tatbestände ebenfalls Gegenstand der Befragung, ist eine der Situation angepassten Vernehmung entsprechend der anzuwendenden Kategorien vorzunehmen.

## **9. STRAFRECHTLICHES EILVERFAHREN**

### **- Frist**

Die weiter oben in Punkt 1 und 2 erwähnten Personen **können sich** binnen einer Frist von **fünfzehn Tagen** ab der Notifizierung der Entscheidung zur Vernichtung **an die Anklagekammer wenden**. Diese Frist wird um fünfzehn Tage verlängert, wenn eine dieser Personen außerhalb des Königreiches wohnt oder ansässig ist, außer im Falle der Wohnsitzwahl in Belgien (Artikel 28novies, §7, StPGB).

Der gewählte Wohnsitz kann der Wohnort sein, den der Beschuldigte am Ende der Untersuchungshaft angibt (Artikel 29 des Gesetzes vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft).

Es kann also nicht genug betont werden, wie wichtig in der vorbereitenden Phase das sorgfältige Zusammentragen aller sachdienlichen Information in Bezug auf den Wohnsitz/die Wohnsitzwahl/und den Wohnort ist und dass diese Angaben erneut zum Zeitpunkt der Notifizierung zu überprüfen sind.

- **Aufschiebende Wirkung der Berufung/Entscheidung auf Rücknahme**

Das Einlegen eines Rechtsmittels schiebt die Entscheidung zur Vernichtung auf, außer für die Güter, die durch ihre Art, eine ernsthafte Gefährdung für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen (Artikel 28novies, §7, StPGB, das heißt die in der Kategorie §2, 1. erwähnten Güter). Für diese letzteren Güter ist die Entscheidung von Rechts wegen vollstreckbar.

Was diese letzteren (in §2, 1. erwähnten) Güter angeht, so kann der Prokurator des Königs seine Entscheidung rückgängig machen oder abändern, und zwar auf der Grundlage von Gegenanzeigen hinsichtlich einer verringerten Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit, oder indem er die Einhaltung einer oder mehrerer Bedingungen auferlegt, die zum Schutz der Gesellschaft gegen eine ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der Volksgesundheit beitragen können (Artikel 28novies, §7 StPGB). Hier kann als Beispiel die Aufhebung der Beschlagnahme von instabilen Gasflaschen angeführt werden; diese können dem Besitzer zurückgegeben werden, wenn er die nötigen Garantien für eine sichere Aufbewahrung der Gasflaschen bietet<sup>9</sup>.

- **Andere Gründe für eine Aussetzung des Verfahrens vor der Anklagekammer (Artikel 28novies, §7, StPGB)**

Das Verfahren vor der Anklagekammer kann durch andere Verfahren oder Untersuchungshandlungen, die das Gesetz genauestens beschreibt, durchkreuzt werden. In diesen Fällen ist das Verfahren vor der Anklagekammer von Rechts wegen ausgesetzt, und zwar:

1. bis eine endgültige Entscheidung über den in den Artikeln 28sexies und 61quater erwähnten oder durch besondere Gesetze geregelten Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme in Bezug auf die in §2, 2. bis 4. erwähnten Güter ergangen ist;
2. bis eine endgültige Entscheidung hinsichtlich des Antrags auf Durchführung einer gerichtlichen Untersuchungshandlung gemäß Artikel 61quinquies in Bezug auf die in §2, 2. bis 4. erwähnten Güter ergangen ist, und gegebenenfalls bis die in Artikel 61quinquies erwähnte gerichtliche Untersuchungshandlung in Bezug auf die in §2, 2. bis 4. erwähnten Güter durchgeführt worden ist;
3. bis der Prokurator des Königs die für die Ermittlung sachdienlichen und erforderlichen Ermittlungshandlungen hat verrichten lassen, und die von Amts wegen oder auf Antrag jedes Anspruchsberechtigten hinsichtlich der in §2, Nr. 2 bis 4 erwähnten Güter angeordnet worden sind. (Artikel 28novies, §7).

In der Begründung wird Folgendes angegeben: *“Wenn der Betreffende neben dem in Artikel 28novies des Strafgesetzbuches geregelten Berufungsverfahren auch die Aufhebung der Beschlagnahme über ein strafrechtliches Eilverfahren (Art. 28sexies und 61quater StPGB) beantragt, wird die Prüfung der Angelegenheit durch die Anklagekammer im Rahmen des Vernichtungsverfahrens ausgesetzt, bis eine Entscheidung über diesen Antrag ergangen ist.*

---

<sup>9</sup> Begründung, S. 20

*Das Verfahren zur Vernichtung wird nicht ausgesetzt, wenn es sich um Güter handelt, die aufgrund ihrer Art eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen, dies angesichts der ratio legis der Maßnahme (Schutz der Gesellschaft).“*

Folglich hindert den Besitzer der beschlagnahmten Güter nichts daran, sich der Vernichtung zu widersetzen und gleichzeitig ein Verfahren zur Aufhebung der Beschlagnahme des Gutes anzustrengen. Es ist angezeigt, dass beide Verfahren gleichzeitig behandelt werden.

Die Ministerin der Justiz war der Auffassung, dass die unmittelbare Vollstreckbarkeit für die Güter, die zur Kategorie §2, 1. gehören, mit dem Schutz der Gesellschaft zu rechtfertigen sind. Es handelt sich um Güter, die „aufgrund ihrer Art eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und die Volksgesundheit darstellen“ (frei übersetzt). In der Begründung werden als Beispiel angegeben: aggressive Hunde, die Personen angefallen haben, Munition, Sprengstoffe, giftige Substanzen und Gasflaschen<sup>10</sup>.

In Bezug auf die zur Kategorie „§2, 1. gehörenden Güter, die aufgrund ihrer Art eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die Volksgesundheit darstellen“, wurde bereits angemerkt, dass es möglich ist, dass ein Verfahren mit zusätzlichen gerichtlichen Untersuchungshandlungen eben genau die Untersuchung der sichergestellten Substanzen zum Gegenstand haben kann, und dass in diesem Fall – im Hinblick auf die Wahrung der Rechte der Verteidigung – die Empfehlung ergeht, dass der Prokurator des Königs wartet, bis die Anklagekammer sich über die Notwendigkeit einer toxikologischen Untersuchung oder eines Gegengutachtens ausgesprochen hat, und gegebenenfalls bis diese Untersuchung oder das Gutachten durchgeführt worden sind.

#### **- Der Ablauf des Verfahrens**

Das Verfahren vor der AK läuft entsprechend den Bestimmungen von Artikel 28<sup>sexies</sup>, §4, Absatz 2 bis Absatz 8 StPGB (Artikel 28<sup>novies</sup>, §7, StPGB) ab, das heißt nach folgendem Schema:

- Erklärung bei der Kanzlei des Gerichtes Erster Instanz (dies ist die einzig mögliche Art und Weise ein Rechtsmittel – Berufung – gegen die vom Prokurator des Königs gefällte Entscheidung zur Vernichtung einzulegen);
- Eintragung der Erklärung in ein spezielles Register;
- für die von der föderalen Staatsanwaltschaft bearbeiteten Akten ist die AK Brüssel zuständig;
- Zusendung der Verfahrensaktstücke an den Generalprokurator, der sie bei der Kanzlei hinterlegt;
- Verkündung des Beschlusses der AK innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Hinterlegung der Erklärung (diesbezüglich sei darauf hingewiesen, dass diese Frist nicht mit angedrohter Nichtigkeit vorgeschrieben wird);
- Die Frist für die Beschlussverkündung ist für die Dauer des Aufschubs, der auf Antrag des Antragstellers oder seines Anwalts gewährt wurde, ausgesetzt;
- der Greffier informiert den Antragsteller und dessen Rechtsanwalt per Telefax oder Einschreibesendung spätestens 48 Stunden im Voraus über den Ort, den Tag und die Uhrzeit der Sitzung;

---

<sup>10</sup> Begründung, S. 20.

- der Generalprokurator, der Antragsteller und dessen Rechtsanwalt werden angehört;
- der Antragsteller, der unterliegt, kann zu den Kosten verurteilt werden.

Da der Antragsteller die Anklagekammer nur durch eine bei der Kanzlei des Gerichtes Erster Instanz abgelegten Erklärung mit der Angelegenheit befassen kann, kann er folglich erst während der mündlichen Verhandlung vor der Anklagekammer zum ersten Mal angeben, warum die Vernichtung der beschlagnahmten Güter nicht zulässig sein soll.

Die Tatsache, dass die Anklagekammer aufgrund von Artikel 28*novies*, §7 StPGB mit der Angelegenheit befasst wird, verleiht dem Antragsteller nicht das Recht, die Strafsakte einzusehen oder eine Abschrift derselben zu erhalten. Das Ermittlungs- und Untersuchungsgeheimnis (Artikel 28*quinquies*, §1 und Artikel 57, §1 StPGB) sowie die Vorschriften in Sachen Einsichtnahme und Abschrift (Artikel 21*bis* und 61*ter* StPGB), wie eingefügt oder abgeändert durch die Artikel 24 und 25 des Gesetzes vom 27. Dezember 2012 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz, B.S. 31. Januar 2013) bleiben in Gänze anwendbar. Des Weiteren wird auf die Richtlinien hinsichtlich des strafrechtlichen Eilverfahrens verwiesen, die unvermindert gelten.

Artikel 4 des Gesetzes vom 25. April 2014 (B.S. vom 14. Mai 2014) ändert nicht die Bestimmung hinsichtlich Entscheidungen, gegen die unmittelbar eine Kassationsbeschwerde eingelegt werden kann (Artikel 416 StPGB). Daraus folgt, dass der Betroffene erst am Ende des Strafverfahrens eine Kassationsbeschwerde gegen die Entscheide der Anklagekammer in Bezug auf die Vernichtung beschlagnahmter Güter einlegen kann, zur gleichen Zeit wie eine Beschwerde zur Sache selbst.

Infolgedessen muss der Prokurator des Königs für die in Artikel 28*novies*, §2, 2., 3. und 4. erwähnten Güter mit der Vollstreckung seiner Entscheidung zur Vernichtung warten, bis die für das Anstrengen eines Verfahrens vor der Anklagekammer vorgesehene Frist (15 Tage nach der Notifizierung oder bei einem im Ausland wohnhaften Antragsteller ohne Wohnsitzwahl: 30 Tage nach der Notifizierung) verstrichen ist. Wurde innerhalb dieser Frist ein Antrag bei der Kanzlei hinterlegt, wird die Entscheidung zur Vernichtung automatisch für Güter dieser Kategorie ausgesetzt, bis die Anklagekammer endgültig entschieden hat.

### • **Kosten**

Die Kosten für die Vernichtung, die Entnahme und Aufbewahrung der Probe oder für die Foto- beziehungsweise Videoaufnahme sowie die Unterstützung eines technischen Beraters sind Gerichtskosten, die der Verurteilte übernehmen muss (Artikel 28*novies*, §6 StPGB)

In dieser Hinsicht kann auf die Gesetzgebung jüngerer Datums verwiesen werden, die vorsieht, dass bei einem Freispruch oder einer Verfahrenseinstellung in einer Angelegenheit, in der die Strafverfolgung durch die Zivilpartei eingeleitet wurde, diese nicht mehr automatisch zu den Gerichtskosten verurteilt wird (Artikel 162 StPGB, so wie abgeändert durch das Gesetz vom 2. April 2014, B.S. vom 30. April 2014).

### • **Entschädigung**

Stellt der Prokurator des Königs nach Vernichtung des Gutes das Ermittlungsverfahren ein oder wird das Strafverfahren endgültig mit einem (auf die Unbegründetheit der Strafverfolgung basierenden) Freispruch oder mit einer Einstellung des Verfahrens aufgrund

von mangelnden Belastungstatsachen abgeschlossen, kann der rechtmäßige Besitzer der vernichteten Sache Schadensersatz fordern, insofern das Gut auf rechtmäßige Weise wieder in Umlauf hätte gebracht werden können (Artikel 28<sup>novies</sup>, §8, StPGB).

Der Betrag der Entschädigung entspricht dem Wert des vernichteten Gutes zum Zeitpunkt der Vernichtung (Artikel 28<sup>novies</sup>, §8, StPGB).

Der im Gesetz verwendete Ausdruck „Freispruch wegen Unbegründetheit der Strafverfolgung“ (frei übersetzt) bedarf zusätzlicher Erklärungen. In der Begründung ist angegeben, dass die einfache Tatsache, dass der rechtmäßige Besitzer eines Vergehens für nicht schuldig befunden wurde - aus welchem Grund auch immer (Freispruch, Verjährung der Strafverfolgung, usw.) - und die vernichteten Güter normalerweise hätten zurückgegeben werden können, ausreicht, um Anspruch auf eine Entschädigung zu erheben.<sup>11</sup>

Der Antrag auf Schadensersatz wird gegen den belgischen Staat, in Person des Ministers der Justiz, gerichtet, dies entsprechend den im Gerichtsgesetzbuch vorgesehenen Formvorschriften (Artikel 28<sup>novies</sup>, §8 StPGB).

Selbstverständlich kann niemals irgendeine Entschädigung für Güter geleistet werden, die durch ihre Art illegal sind und die unter keinen Umständen wieder in Umlauf gebracht werden dürfen, wie beispielsweise Kinderpornografie, Rauschmittel und verbotene Waffen<sup>12</sup>. Was dies angeht, so wird auf den in zivilrechtlichen Angelegenheiten bekannten Grundsatz des „*nemo auditur turpitudinem suam allegans*“ verwiesen.

---

<sup>11</sup> Begründung, S. 21

<sup>12</sup> Begründung, S. 21